

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anstalt gegen die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wöchentlich, fernsprech - Anschluss Nr. 23.

Redaktionspreis: Die Redaktionspreise für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind in der Preisliste, welche dem Anzeiger beigelegt ist, veröffentlicht. — Anzeigerpreis: Die Anzeigerpreise sind in der Preisliste, welche dem Anzeiger beigelegt ist, veröffentlicht.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 59

Donnerstag, den 11. März 1926

21. Jahrgang

Ein Vorschlag Chamberlains.

Besprechung mit Deutschland. — Spanien soll im Herbst einen Ratssitz erhalten.

Genf, 9. März. Der englische Außenminister Chamberlain ist heute nachmittag um 1/2 6 Uhr im Hotel Metropole erschienen, um den Reichkanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Besuch abzustatten. Chamberlain hat den deutschen Delegierten dabei einen neuen Vorschlag über die Behandlung der Ratssfrage gemacht, der starke Beachtung verdient, und zwar soll eine gemeinsame Verhandlung zwischen den im Völkerbundsrat vertretenen Mächten und Deutschland über die Frage der Erweiterung des Völkerbundes angebahnt werden.

Nach Chamberlains Ansicht soll, um die Verhandlungen zu beschleunigen, schon morgen vormittag eine gemeinsame Besprechung der im Rate vertretenen Mächte, sowohl jener, die einen ständigen, sowie jener, die einen nichtständigen Sitz innehaben, mit den deutschen Delegierten stattfinden. Dabei soll eine Lösung erreicht werden, die dem deutschen Standpunkt Rechnung trägt, aber auch Spanien befriedigt. Die Absicht der Westmächte geht dahin, einerseits Deutschland zu der Zustimmung zu bewegen, daß bei der Herbsttagung des Völkerbundes gegen die Verleihung eines ständigen Ratssitzes an Spanien keine Widersprüche erhoben werden würden, andererseits aber Schweden zu bewegen, auf seinen generellen Protest gegen eine Vermehrung der Ratssitze zu verzichten: denn jedes Einvernehmen zwischen den Rheinlandpaktmächten und Deutschland würde gegenstandslos bleiben, wenn Schweden bei seinem prinzipiellen Protest verharrte.

Da Schweden nicht ständiges Mitglied des Völkerbundes ist, würde eine vom Völkerbundrat mit Deutschland erreichte Verständigung auch Schweden einbegreifen. So daß ein einzelner Protest der Schwedischen Delegation einen Kompromiß nicht über den Haufen werfen würde.

Eine Unterkommission zur Prüfung des deutschen Aufnahmeversuches.

Genf, 9. März. In der sogenannten Aufnahme-Kommission, das heißt der ersten politischen Kommission der Völkerbundversammlung, wurde heute nachmittag unter Vorsitz von Chamberlain die Einsetzung einer Unterkommission beschlossen, die sich mit der Prüfung des deutschen Aufnahmeversuches zu befassen hat. Die Unterkommission soll nach dem Vorschlage Chamberlains bestehen aus Vertretern der folgenden Staaten: Frankreich (Paul Boncour), Italien (Grandi), Japan (Ishii), Belgien (Vandervelde), Kuba (Alguero), Norwegen (Ransen), Griechenland (Kufos), Bulgarien (Burgess), Irland (Fitzgerald), Jugoslawien (Kintschitsch), sowie aus dem Präsidenten der Kommission Chamberlain und dem Vizepräsidenten Loubon (Holland).

Die Arbeiten des Unterausschusses werden, wie das seither immer üblich war, nicht öffentlich sein. Der Zeitpunkt für die nächste Sitzung des Unterausschusses ist noch nicht bekannt. Auch ist es noch nicht sicher, ob bereits zu der nächsten Sitzung des Unterausschusses ein deutscher Vertreter zugezogen werden wird.

Keine militärischen Bedenken gegen die Aufnahme Deutschlands.

Genf, 9. März. Der ständige militärische Ausschuss des Völkerbundes hat sich heute vormittag mit dem Aufnahmeantrag Deutschlands beschäftigt und sich dahin ausgesprochen, daß die militärischen Verhältnisse Deutschlands durch die Bedingungen des Versailler Vertrages bestimmt sind. In unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß bei der Ausarbeitung des Gutachtens des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes keine Schwierigkeiten zu erwarten sind, da es sich lediglich um die Einhaltung von Formalitäten handelt.

Die Schweiz gegen eine Vermehrung der Ratssitze.

Genf, 9. März. Bei einer begründeten Darlegung des schweizerischen Standpunktes zur Frage der Ratserweiterung betont das „Journal de Geneve“ nochmals, daß die Schweizer Delegation sich einer Erweiterung widersetzen würde, die über die Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Deutschland hinausgehen würde. Der schweizerische Delegierte, Bundesrat Motta, möchte, wenn die Frage vor die Versammlung kommen würde, seine auf der Völkerbundsversammlung 1923 geäußerten Bedenken in noch nachdrücklicher Form als damals wiederholen und aufrechterhalten. Die Gefahren wären freilich bedeutend geringer, wenn es sich nur um einen ständigen Ratssitz für Spanien handelte; da dem aber nicht so sei, so hätte die Versammlung gegen-

über anderen ähnlichen Ansprüchen, die plötzlich von allen Seiten kommen würden, keine genügend feste Position mehr. Außerdem würde mit einer wesentlichen Erweiterung des Rates die Versammlung jede Bedeutung verlieren. Dieser Gefahr könnten die kleinen und mittleren Staaten nicht gleichgültig entgegensehen.

Frankreich ist mit sich selbst beschäftigt.

Paris, 9. März. Der Sonderberichterstatter des „Matin“, Sauerwein, spricht sich über die Lage in Genf dahin aus, es sei ein großer Fehler gewesen, 48 Staaten nach Genf zu berufen, bevor man die Sicherheit eines möglichen Kompromisses gehabt habe. Er, der Berichterstatter habe noch nicht ein Mitglied des Völkerbundes getroffen, das ihm klar gesagt habe, daß nach seiner Ansicht Deutschland den Vertrag von Locarno gebrochen habe dadurch, daß es im letzten Augenblick eine neue Bedingung, nämlich die, allein in den Völkerbund einzutreten, gestellt habe.

Sauerwein fährt fort, er habe noch nicht einen einzigen Delegierten mit Stimmrecht im Völkerbundrat gesehen, der ihm gesagt habe, er werde gegen Deutschland stimmen für den Fall, daß Deutschland seine Forderung aufrechterhalte. Was werde sich also ereignen, wenn kein Unterhändler eingereist wage, oder wenn nicht Mussolini im letzten Augenblick seine Delegation eine entschließene Haltung einnehmen lasse? Es werde so sein, daß Deutschland einen ständigen Sitz erhalte, und daß selbst die Bewerber um weitere ständige Sitze nicht die Verantwortlichkeit übernehmen wollten, Deutschland das zu verweigern.

Sauerwein behauptet alsdann von neuem, daß nach der Abstimmung Polen, Brasilien und Spanien sich zurückziehen werden, und er droht auch, wie das in den letzten Wochen von nationalistischen Blättern wiederholt geschehen ist, mit einer Annäherung Bolens an Sowjetrußland. Wenn andererseits Deutschland nicht siegreich werde, werde die deutsche Delegation nach Berlin zurückkehren, und das Werk von Locarno werde zusammenbrechen. Europa werde dann wiederum in feindliche Lager gespalten sein. Das alles könne eintreten, wenn Frankreich nicht die Möglichkeit habe, einzugreifen. Also man erkenne in Genf, welche Unordnung die Abwesenheit Frankreichs hervorrufen würde.

Die Enteignung Marienbades vor dem Völkerbund.

Berlin, 10. März. Wie die Blätter aus Prag melden, wird in Genf voraussichtlich auch die Enteignung Marienbades zur Verhandlung kommen. Eine von deutschen Parlamentariern der Tschchoslowakei gemachte Eingabe ist laut „Böf. Ztg.“ vom Völkerbundssekretariat als besonders dringlich erklärt und einem aus je einem Vertreter Schwedens, Englands und Italiens bestehenden Rechtskomitee zur Behandlung zugewiesen worden.

Großer internationaler Monarchistenkongress in München?

Wie „Matin“ meldet, soll in München ein internationaler Kongress der Monarchisten vorbereitet werden. Etwa ein Duzend russischer Monarchisten sei aus Paris und London in München eingetroffen. Mit ihnen würden sich deutsche und ungarische Monarchisten vereinigen. Großfürst Kyriell werde eine Besprechung mit Kronprinz Rupprecht von Bayern Ende März in der Schweiz haben.

Der König von Ägypten besucht im Mai London.

Kairo, 10. März. König Fouad von Ägypten wird der Einladung König Georgs V. nach London folgen und am 28. Mai Kairo verlassen.

Die spanische Eroberung in Marokko.

Wir meldeten gestern, daß eine spanische Abteilung das Dorf Dar-Kai genommen hat. Die französische Presse kann nicht genug die Bedeutung dieser Eroberung preisen. Das Dorf zählt ungefähr 12 Familien, beherbergte aber bis vor kurzem das Hauptquartier der Truppen im Abschnitt Tetuan. Bedeutungsvoller ist, daß durch die Einnahme dieses Ortes die Artilleriestellung der Arabier zurückverlegt werden mußte und Tetuan dadurch außerhalb des Feuerbereiches rückt. Für die Zukunft glaubt die französische Presse große Erfolge an den Fall von Dar-Kai knüpfen zu können.

Dr. Curtius über die Arbeit des Reichswirtschaftsministeriums.

Berlin, 9. März. In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages ergriff im Verlauf der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

das Wort und führte u. a. aus: Einigkeit hat darüber geherrscht, daß der Abbau im Reichswirtschaftsministerium allzu radikal gewesen ist. Nachdem das Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium abgespalten war, betrug die Kopfzahl des Ministeriums 820. Heute beträgt sie 342. Die Kräfte sind bis auf die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit angepaßt. Sie reichen nicht aus, um die Aufgaben der unmittelbaren Zukunft sachgemäß zu lösen. Ich verweise dabei auf die Wirtschaftsenquete. Dazu tritt in erster Linie die Aufgabe der Weltwirtschaftskonferenz und ihre Auswirkungen, auf die wir den größten Wert legen müssen. Mit diesen Fragen hängt die ganze internationale Wirtschaftsentwicklung zusammen. Wir stehen hier vor neuen Gestaltungen, die vielleicht auf internationale Kartellvereinbarungen hinauslaufen. Mit den vorhandenen Kräften des Reichswirtschaftsministeriums werden sich diese Aufgaben nicht lösen lassen. Die Frage der Delegationen zu den Vorbereitungen der Handelsverträge beantwortete der Minister dahin, daß nach Möglichkeit von solchen Delegationen abgesehen werden soll. Wenn es aber notwendig sei, müsse auch die Zustimmung von Arbeitervertretungen ermöglicht werden. Bezüglich der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich erwähnte der Minister, daß sie am 14. Januar angefangen und zu weitgehenden Übereinstimmungen schon geführt hätten. Es ständen aber auch noch große Positionen offen. Was die Verhandlungen mit Spanien anlangt, so habe die dortige deutsche Delegation vor einiger Zeit der spanischen Delegation einen Vorschlag unterbreitet, auf den aber bisher eine Antwort nicht eingetroffen sei. Bezüglich der Verhandlungen mit Polen möchte betont werden, daß nicht oft und nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden kann, daß die Ursache für die ungenügenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland bei der polnischen Regierung zu suchen sei. Deutschland habe immer den Wunsch einer Verständigung mit Polen vertreten, und die Wiederaufnahme der Verhandlungen werde noch im Laufe dieses Monats erwartet.

Zu den Fragen der Binnenwirtschaft, die der Minister unter Hinweis auf seine in einigen Tagen zu erwartende Rede im Plenum des Reichstages nur kurz berührte, erklärte er, die Frage der Rationalisierung sei zuzuspitzen auf die Frage des Reichskuratoriums, wobei eine Erhöhung der Mittel von 500 000 Mark auf 1,5 Millionen Mark für das Reichskuratorium zu begründen sei, weil sich durch die Heranziehung geeigneter Kräfte die Kosten auf etwa diese Höhe abstellen würden. Mit diesen Mitteln würden auch die Rationalisierungsarbeiten für das Handwerk finanziert, dessen Spitzenorganisationen im Reichskuratorium vertreten seien. Die Frage des Kartellwesens hänge mit der Rationalisierung zusammen. Er habe inzwischen eine Sachverständigenkommission für die Revision der Kartellverordnung in seinem Ministerium einberufen. Er werde aber vor Abschluß der Arbeiten auch den Kartellbeirat des Reichstages einberufen. Der Minister kommt dann auf die Fragen des Preisabbaues und der notwirtschaftlichen Maßnahmen zu sprechen. Den Gesetzentwurf über den Preisabbau würde die Regierung nicht zurückziehen, sondern ihn verbessert vorlegen. Etwa am 20. oder 21. März würde der Reichswirtschaftsrat sein Gutachten zu dem verbesserten Entwurf abgeben können.

Zur Frage des Bauprogramms und der Baustoffpreise erklärte der Minister: Wir müssen versuchen, so rasch wie möglich aus der Wohnungswirtschaft wieder herauszukommen und zu diesem Zwecke die Mieten langsam steigern. Daher kommt es darauf an, die Bautätigkeit soweit zu steigern wie nur irgend möglich. Aus der Hauszinssteuer stehen in diesem Jahre für diese Zwecke etwa 700 Millionen zur Verfügung. Das Reichswirtschaftsministerium glaubt, daß mit den Mitteln der Hauszinssteuer und den Mitteln des privaten Baumarcktes, um in Anbetracht der Möglichkeit in verstärktem Maße erstellte Hypotheken dem Baumarckte zur Verfügung zu stellen, ausreichend gebaut werden könne. Ueber das Ausmaß der Hilfe für den Mittelstand sagte der Minister: Man darf erfreulicherweise feststellen, daß der Wiederaufbau der Kreditgenossenschaft des Mittelstandes erheblich vorgeschritten ist. Die erste Rate der Reichskredite wäre im Sommer 1926 zur Auszahlung; ich hoffe, binnen kurzem bekanntgeben